

# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 18

Das Blatt kostet jeden Sonntag.  
Abonnementpreis 3 Mk. pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Classen-Grüb-Str. 1. Fernspr.: Nordf. 8246.

Hamburg, den 1. Mai 1920

Russigen kosten die sechsspaltige Non-  
pareillezelle oder deren Raum 1,50 Mk.  
(Der Beitrag ist stets vorher einzufenden.)  
Verbandsmitgliedschaften 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

## Maienverheißung.

In heller Jugendschönheit leuchtet  
Ins Land der goldige Malentag,  
Ein zartes Grün, tauschend gesendet,  
Schmückt frühlingsatmend Busch und Hag;  
Es singt und klingt an Weg und Stegen  
Der Vögel munterer Lenzeschor,  
Der Lebensfülle strebt entgegen  
Ein neugeborner Malenflor.

Im wechselluftigen Auf und Nieder,  
Im ewigen Kreislauf der Natur  
Grüßt uns der holde Frühling wieder,  
Grüßt uns des Lebens Strahlenspur;  
In blütenfroher Prachtverschwendung  
Lacht siegnhaft uns der Malentag,  
Es strebt und ringt nach der Vollendung  
Des Lebens starker Atemschlag!

Das ist der Tag der Lebensblüte  
Im Jungfernkranz der Natur,  
Das ist der Tag der Lebensglüte,  
Die neu sich senkt auf Wald und Flur;  
Hier will Natur ein Beispiel geben  
Von sonnenheller Harmonie,  
Von guten Kräften, die da weben  
Die große Lebenssymphonie!

Das ist der große Tag des Malen,  
Der uns so hoffnungsfroh begrüßt,  
Der alle Menschen will erfreuen,  
Der uns das Leben neu erschließt,  
Der alle Herzen will erwärmen  
Und alles Leid und alles Schlechte,  
Worum die Menschheit sich muß härmern,  
Für alle Zeit verbannen möchte!

Begreift du, Mensch, die Zweckbestimmung  
Der nimmermüden Schöpferkraft,  
Die graden Weges, ohne Krümmung  
Am Werke der Vollendung schafft?  
Die aus dem Alten frische Säfte  
Ins Neue leitet kraftbeschwingt,  
Und dadurch ungeahnte Kräfte  
Voll fleiß zur Neuentfaltung bringt?

Natur ist Aufbau. Unermüdetlich  
Schafft sie das Nützliche und Gute,  
Daß neues Werk den Erdball friedlich  
Mit neuer Lebenskraft durchflute;  
Wenn dieses Beispiel wird ergänzen  
Die Menschheit schaffensfroh und frei,  
Dann wird auch ihr in Licht erglänzen  
Ein sonnenheller Lebensma! n. s.

## Die Arbeit werde frei!

Zweifellos besteht in weiten Schichten des deutschen Proletariats eine große Interesslosigkeit gegenüber ihrem Wirtschaftsleben. Alle Welt spricht von der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues nach dem Zusammenbruch; trotzdem aber verharren viele Menschen, auf deren Mitarbeit es wesentlich ankommt, in dumpfer Gleichgültigkeit. Wir wollen hierbei von jenen abssehen, die da glauben, durch eine Betrümmung unseres Wirtschaftslebens den Sozialismus verwirklichen zu können, weil wir keine Hoffnung haben, die Anhänger dieser Idee bekehren zu können; wohl aber wollen wir versuchen, auf jene Schichten einzuwirken, deren Wille zur Arbeit durch Mühsal und Verbitterung gelähmt ist, die aber bei richtiger Behandlung sehr wohl bereit sind, sich in den Dienst des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens zu stellen, vorausgesetzt natürlich, daß sich dieser wirtschaftliche Wiederaufbau nicht im Sinne des Kapitalismus, sondern des Sozialismus vollzieht.

Wer möchte es leugnen, daß heutzutage Ursachen genug vorhanden sind, um eine stark ausgeprägte Arbeitsunlust herbeizurufen? Da ist zunächst die mangelhafte Ernährung und die verhältnismäßig geringe Entlohnung, die trotz aller dem Unternehmertum abgerungenen Teuerungszulagen durchaus unzureichend bleibt, weil die Kosten des Lebensunterhaltes noch fortwährend steigen. Da ist die Empörung darüber, daß die ehrliche Arbeit noch immer von Not und Sorge bedrängt ist, während das Ausbeutertum sich am Mark des Volkes mäht, und auch darüber, daß von oben herab so wenig geschieht, um dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit ein Ende zu machen. Diese Empörung wird noch gesteigert durch die seelische Erregung weiter Schichten; die eine Folge des Krieges und der Revolution ist. Vor allen Dingen aber spielt hier das proletarische Empfinden eine Rolle, das es nicht versteht, daß das Kapital trotz der revolutionären Umwälzung noch immer krampfhaft bemüht ist, sein Ausbeutungsbandwerk immer fortzusetzen und das Proletariat nach wie vor in der wirtschaftlichen Unfreiheit zu erhalten. Der heftige und hartnäckige Widerstand des Unternehmertums und seiner politischen Orga-

derer gegen ein Betriebsrätegesetz, das der Arbeiterklasse ein wirkliches Mitbestimmungsrecht bringen soll, redet in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Daß alle diese Umstände auf den Arbeitsetzer lähmend wirken müssen, leuchtet ohne weiteres ein.

Wenn verschiedene Leute, die weder von der Volksseele, noch von dem Wesen menschlicher Arbeit eine Ahnung haben, die Meinung vertreten, man könne die Arbeitsfreude durch Arbeitszwang steigern, so befinden sie sich im Irrtum. Jeder äußere Zwang ruft in einem Menschen einen inneren Widerstand hervor, und da eine wirklich gute Arbeit nur dann den gewünschten Erfolg haben kann, wenn sie gern und freudig geleistet wird, so muß der Arbeitszwang naturgemäß versagen, höchstens kann er eine rein mechanische Arbeitsleistung herbeiführen. Es müssen also andere Mittel angewandt werden, um die Arbeitsfreudigkeit in den proletarischen Schichten neu zu wecken.

Neben der Schaffung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen ist ohne Zweifel die Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie das wichtigste Mittel hierzu. Wenn der moderne Proletarier wieder Interesse gewinnen soll an seiner Arbeit und an dem Unternehmen, in dem er tätig ist, so muß der Druck des Kapitalismus von ihm genommen, die Arbeit muß frei werden. Er muß das Gefühl loswerden, daß er im wesentlichen für den Geldsack des Kapitalisten arbeitet, daß er ein rechtloser Sklave des Kapitals und ein willenloses Ausbeutungsobjekt für den Unternehmer ist; er muß die Ueberzeugung gewinnen, daß er im Dienste der Allgemeinheit arbeitet und daß er dazu berufen ist, an dem Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung mitzuarbeiten. Er muß sich nicht mehr als Wirtschaftsobjekt und als ein bloßes Werkzeug fühlen, er muß vielmehr von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß er Wirtschaftsobjekt und ein denkendes Glied eines lebensvollen Organismus ist. Diese seelische Umwandlung des Proletariats aus einem Sklaven in einen freien Menschen soll durch die wirtschaftliche Demokratie bewirkt werden.

Wie im politischen Leben die Demokratie den früheren Autokraten, der das Recht hatte, Steuern zu zahlen, Soldat zu werden und das Recht zu halten, in einem freien Staats-

bürger verwandelt hat, der regen Anteil nimmt an den öffentlichen Angelegenheiten, so soll auch die wirtschaftliche Demokratie den ehemals rechtlosen Lohnsklaven in einen gleichberechtigten, gleichwertigen Mitarbeiter verwandeln. Diese Umwandlung wird nicht nur die wirtschaftliche und rechtliche Stellung des Proletariats verändern, sie wird darüber hinaus sein soziales Bewußtsein von Grund auf umgestalten. Die wirtschaftliche Demokratie weckt in der Seele des Proletariats das Hochgefühl, frei zu sein vom Druck des Kapitalismus, und das Frohgefühl, eine Persönlichkeit geworden zu sein, sie steigert sein Selbstbewußtsein und extotiert den Anarchismus, der noch in so vielen Menschen steckt, sie weckt sein Verantwortlichkeitsgefühl, weil sie ihm die Möglichkeit gewährt, mitzuarbeiten an der Schaffung einer neuen, höheren Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsordnung im Dienste der Allgemeinheit; sie gibt ihm sein Selbstvertrauen wieder, weil sie einen Appell richtet an seine Kraft und weil sie aufruft, am Tempel der Zukunft zu bauen. Obendrein schult die wirtschaftliche Demokratie noch das Proletariat, indem sie seinen Blick schärft für das wirkliche Leben, für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten unserer wirtschaftlichen Entwicklung, indem sie den Arbeiter zu peinlich gewissenhafter Arbeit erzieht, weil er nunmehr ein lebhaftes Interesse hat an dem Ergebnis seiner eigenen Arbeit und der seiner gesamten Mitarbeiter. Sie verwandelt die frühere Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit, die die kapitalistische Produktionsweise naturgemäß im Gefolge haben mußte, in eine seelische Anteilnahme, weil es sich nunmehr um einen Dienst am Gemeinwohl handelt.

Kein Mensch, der etwas von Seelenkunde versteht, wird die moralische Einwirkung der Wirtschaftsdemokratie auf die Arbeiterseele verkennen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeitsfreude und Schaffenslust erst dann wiederkehren wird, wenn man den Arbeitermassen das Mitbestimmungsrecht einräumt in den Betrieben und außerhalb der Betriebe. Wobei nicht zu vergessen ist, daß es sich hier natürlich um eine wirkliche Demokratie handelt, nicht etwa um eine Scheindemokratie, um eine Kulisse, hinter der sich das Unternehmertum verkriecht, um im Trüben zu fischen. Darum heißt die Forderung des Tages: „Der mit der Arbeits- und Wirtschaftsdemokratie!“



### Lohnverhandlungen für Rheinland und Westfalen.

Am 20. April fanden bei den Vereinen des Westdeutschen Malermeisterverbandes, mit dem das gleiche Lohnabkommen wie mit den übrigen Arbeitgeberorganisationen besteht, erneut zentrale Verhandlungen über eine Erhöhung der geltenden Löhne statt. Allerdings war hier seinerzeit bereits erklärt und durch einen Hinweis im Vertrag auch vereinbart worden, daß man sich der Entwicklung der Löhne im Baugewerbe möglichst anpassen wolle.

Bei den jetzigen Verhandlungen gestanden die Arbeitgeber auf die von uns erhobene Forderung hin ohne weiteres die gleiche Lohnerhöhung zu — 1,25 M die Stunde —, die kürzlich im Baugewerbe durchgeführt worden ist; nur wollten sie sie erst vom 28. April an zählen. Außerdem lehnten sie jeden Ausgleich in den Städten ab, in denen noch gewisse Unterschiede zwischen unseren und den Bauarbeiterlöhnen bestehen. Ueber diese beiden Fragen fanden dann stundenlange Verhandlungen und wiederholte Einzelberatungen statt.

Schließlich gestanden die Arbeitgeber die oben schon erwähnte Lohnerhöhung vom 20. April — von dem Verhandlungstage an — zu.

Nebenher spielte noch die Frage der Mittagspause eine Rolle, die die Arbeitgeber in allen Orten auf 1 1/2 Stunden festgesetzt verlangen.

### Der Siegeszug des Achtstundentags.

In einer Studie über die geschichtliche Entwicklung des Achtstundentages, die das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht hat, wird eine gedrängte Uebersicht über die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in den verschiedenen Ländern gegeben. Es heißt dort:

Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in Deutschland hat auf die anderen europäischen Länder höchstbewegend gewirkt. Zwar hatte schon vor dem deutschen Gesetz Rußland (auch Finnland) den achtstündigen Arbeitstag nominell eingeführt, doch konnte das Beispiel Rußlands, selbst wenn es dieses Gesetz eingehalten hätte, wegen der geringen Entwicklung seiner Industrie und Kultur wenig überzeugend wirken. Nachdem aber der Industriestaat Deutschland zum Achtstundentag übergegangen war, sind ihm andere europäische Länder in wachsender Zahl gefolgt. Zurzeit besteht der gesetzliche Achtstundentag bereits in: Rußland (Gesetz vom 20. Oktober/11. November 1917), Finnland (Gesetz vom 27. November 1917), Deutschland (Gesetz vom 28. November 1918), Deutschösterreich (Gesetz vom 10. Dezember 1918), in Tschecho-Slowakischen Staat (Gesetz vom 19. Dezember 1918) und im Jugo-Slawischen Staat (Gesetz vom 8. Januar 1919). In Schweden hat die Regierung am 4. März 1919 ein Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag mit der Maßnahme genehmigt, daß dasselbe am 1. Juni 1920 in Kraft tritt und zunächst bis zum 31. Dezember 1928 gelten soll. In Norwegen und auch in Frankreich sind die Gesetzesvorlagen über den Achtstundentag von Kammer und Senat angenommen worden. In Danemark hat das Ministerium schon am 22. November 1918 die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages vorgeschlagen. Italien hat eine sehr starke Bewegung zugunsten eines allgemeinen achtstündigen Arbeitstages, der in wichtigen Gewerbe- und Industriezweigen (Schweizerindustrie, Maschinen- und Schiffbau und Textilindustrie) schon verwirklicht ist. In Großbritannien, dem klassischen Land der durchgehenden Arbeitsweise erringt eine Arbeiterkategorie nach der anderen den Achtstundentag. Die Bergarbeiter, die ihn zum Teil schon seit 1858 und gesetzlich seit 1908 haben, verlangen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. In den britischen Eisen- und Stahlwerken ist die Achtstundenschicht seit 1906 größtenteils eingeführt. Den Eisenbahnern ist der Achtstundentag am 1. Februar 1919 bewilligt worden. Die von der Regierung am 27. Februar einberufene Landesindustrielkonferenz hat sich für eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit von 48 Stunden ausgesprochen, wobei Abänderungen nach unten oder nach oben besonderen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen bleiben sollen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist bereits ausgearbeitet worden. Der „Economist“ sieht schon den Sechsstundentag, wenn nicht unmittelbar, so doch voraussichtlich in der nächsten Zukunft kommen. In den Vereinigten Staaten haben zunächst die Bergleute, die Eisenbahner (Adamson Act vom 15. September 1916) und 1918 auch die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke den Achtstundentag erreicht, sechs amerikanische Einzelstaaten (Kalifornien, Colorado, District of Columbia, Montana, Nevada und Washington) besitzen den gesetzlichen Achtstundentag für Frauen. In Mexiko und Uruguay wurde der Achtstundentag schon 1917 eingeführt. In Australien und Neuseeland ist er seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu Hause. — So nimmt der Siegeszug des Achtstundentages seinen Lauf, bis das Ziel erreicht ist, das das internationale Proletariat vornehmlich am 1. Mai seit Jahrzehnten zum Ausdruck bringt: Fort mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem! Fort mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!

### Zur Wohnungsfrage.

Das deutsche Volk ist gegenwärtig von allerlei schweren Nöten bedrückt, darunter spielt die Wohnungsfrage eine außerordentlich wichtige Rolle. Eine Unmenge Vorschläge liegen vor, wie dieser Not abzuhelfen sei. Wir verfügen über eine umfangreiche Literatur, aber durchgreifende Maßnahmen sind bis jetzt noch nicht getroffen worden. Ein Vorschlag, der der Sache auf den Grund ging, wurde von dem berühmten Landeswohnungsinспекtor Dr. Kampffmeyer in seinem Entwurf zu einem Heimstätten-gesetz gemacht. Bis jetzt ist es aber nicht gelungen, den genannten Vorschlägen irgendeine Geltung zu verschaffen.

Die meisten Menschen haben einen Unterschlupf und kümmern sich wenig darum, wie es andern geht. Mietpreissteigerungen werden mit einem unbegreiflichen Fatalismus entgegengenommen, und solange nicht eine Massenbewegung sich für eine durchgreifende Wohnungsreform einsetzt, solange wird die Wohnungsreform auf sich warten lassen. Um diese Massenbewegung zu schaffen, hat sich in Freiburg i. Br. ein deutscher Volksbund für Wohnungsreform (D. V. W.) gebildet. Dem Volksbund gehören Männer aus allen Parteien an, aber nur solche, die eine grundlegende Reform wollen. An der Spitze stehen ein Vater und ein Sozialdemokrat, neben andern Angehörigen aller Parteien. Es wurde davon abgesehen, alle möglichen Vereine als korporative Mitglieder zu gewinnen. Gewerkschaften und andere Vereine sollen beitreten, aber in der Form, daß sie ihre Mitglieder zum Beitritt auffordern und von den Beitretenden einen Beitrag von jährlich 50 % erheben. Die vorläufigen Satzungen und das Nationalprogramm sind dieser Tage den Gewerkschaftskartellen zugegangen. Die Gewerkschaftskartelle sollten überall mit den Angestellten und Beamtenvereinigungen und andern geeigneten Ver-

### Kollegen, früh auf am 1. Mai!

Aus der Nacht herauf zum Licht  
Brüder, von der harten Schicht  
Bleibt für heute doch zu Haus,  
Steckt an den Hut den Malenstrauß!  
Und so festlich geziert  
Kommt mit uns und demonstriert:  
Gegen die zu lange Fron,  
Gegen den zu harten Lohn,  
Gegen frechen Herrenrutz,  
Gegen schlechten Lebensschutz  
Und was immer euch bedroht  
In hartem Kampf, in Sturm und Not.  
Viel zu lang schon hält der Schacht  
Euch in Finsternis und Nacht.  
Darum, heut am 1. Mai  
Macht für Licht und Luft euch frei;  
Aus der Tiefe steigt herauf,  
Demonstriert mit uns zuhauf:  
Daß die Armut nicht mehr klagt,  
Daß der Sonnenmorgen tagt,  
Daß uns Schönheit wird und Licht,  
Daß die Sklavenscheit bricht.  
Alle Menschen frank und frei!  
Hoch! — Glück auf zum 1. Mai!

M. Zielski, Thorn.

einen in Verbindung treten, um an ihren Orten dem D. V. W. Eingang zu verschaffen. Es ist dringend notwendig, daß sich die Arbeiter mehr um diese Frage kümmern. Die Baupreise sind so ungeheuer gestiegen, daß heute das Fünf- und Siebenfache von dem zu zahlen ist, was vor dem Kriege gezahlt wurde. Entweder müssen Staat und Gemeinde mindestens ein Fünftel aller Baukosten übernehmen, oder die Mieten für die neuen Häuser und dann auch für die bestehenden Häuser müssen auf das Vier- bis Fünffache steigen. Da gilt es einzugreifen. Mietpreis-erhöhungen können wir bei dem gesunkenen Geldwert auf die Dauer nicht verhindern, wir wollen aber dafür sorgen, daß die gestiegenen Mieten nicht zur Vereinerlichung der Grund- und Hausbesitzer dienen, sondern zur Sanierung der bestehenden und zum Bau neuer Wohnungen. Selbst angenommen, das Reich und die Länder können die Zuschüsse, wie sie für das kommende Jahr vorgesehen sind, auf die Dauer weiterzahlen und die Gemeinden können einen ebenso hohen Zuschuß leisten, so müßte die Miete doch auf das Zweieinhalbfache des bisherigen Betrages steigen und alle Hausbesitzer wären dann mehr als doppelt so reich als bisher. Die Häuserpreise steigen rapid und wird dadurch jede geplante Reform von Monat zu Monat mehr erschwert.

Deshalb tut Eile not. Dazu kommt noch, daß die Gefahr besteht, daß vom Reich die Mietsteigerungen als Steuerquelle benutzt werden. Das Nationalprogramm des D. V. W. ist kurz und klar. Vielleicht ist es manchem nicht radikal genug, dem wird die eine oder andere Bestimmung nicht passen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß, sobald eine größere Anzahl von Ortsgruppen besteht, ein Nationalkongreß einberufen wird, um Programm und Statut festzusetzen. Im Programm sind Mindestforderungen ausgesprochen. In den nächsten Tagen erscheint die erste Broschüre des D. V. W., „Neuland in Sicht“. Preis 1 M. In dieser Schrift ist das Nationalprogramm des Bundes gründlich erläutert. Wegen Bestellung der Broschüre und wegen Auskunft über den Bund wende man sich an den Volksbund für Wohnungsreform, Freiburg i. Br., Lorettostraße 33.

### Nationalprogramm für Wohnungsreform:

- 1. Bodenreform. a) Absolute Verhinderung jeder weiteren Bodenverteuerung durch vollständige Einziehung des unbedienten Wertzuwachses an Boden und Haus. b) Kommunalisierung des für die Stadt- oder Gemeindeerweiterung benötigten Baubodens.
- 2. Hypothekenreform. a) Wiedereinführung der altsächsischen rechtlichen Trennung von Boden und Bau hinsichtlich der Beleihung durch Unterzeichnung der Hypotheken in unfindbare, tilgungspflichtige Bauhypotheken und einfache Bodenschulden. b) Sozialisierung des Hypothekenzinses durch Schaffung einer Reichshypothekenbank. c) Weitergehende Erleichterung des Eigenheimerwerbes insbesondere für kinderreiche Familien.

8. Baureform. a) Mögliche Verbilligung des bauseigenen Geländes. b) Allenberechtigtes Baurecht für die Stadt- und Gemeindeerweiterung in der Außengemeinde. c) Großzügige Sanierung schlechter Wohnungen.

4. Mietreform. a) Vermehrung des gesamten Mietwesens durch partielle Wohnungsleerung der Vermieter und Mieter. b) Einrichtung einer öffentlichen Mietwohnungsverwaltung auf Grund einer Verstaatlichung sämtlicher Wohnungen unter Ausschluß aller Spekulation und Konjunkturgewinne. c) Einführung einer Mietaufschlagsteuer in Form von Einkommensteuergutschriften.

### Der Arbeitsmarkt im Februar.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ auch im Februar einen Rückgang des Angebots. Auf 100 offene Stellen kamen 174 männliche beziehungsweise 91 weibliche Arbeitsuchende gegen 180 beziehungsweise 109 im Januar. Im Februar 1919 betrug die Anbrangsziffer für männliche Arbeiter 206, bei weiblichen 208 auf je 100 offene Stellen. Im Baugewerbe kamen auf je 100 offene Stellen 281 Arbeitsuchende gegen 287 im Vormonat.

Nach den Berichten von 5279 Krankenkassen hat sich die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder abgesehen von arbeitsunfähigen Kranken in der Zeit vom 1. Februar bis zum 1. März um 29 171, das heißt 0,9 vom Hundert, vergrößert, die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um 0,4 vom Hundert auf 8 909 468, die weiblichen dagegen um 0,8 vom Hundert auf 8 685 441.

Nach den Mitteilungen von 88 Fachverbänden über die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder waren bei einer Gesamtmittelgliederzahl von 4 452 670 im Berichtsmonat 129 577 außer Arbeit. Das würde einem Satz von 2,9 vom Hundert entsprechen und gegen den Vormonat einen immehin nennenswerten Rückgang bedeuten. Demnach, Januar 1920, waren von 4 766 982 Gewerkschaftsmitgliedern 180 897, das heißt 3,8 vom Hundert, stellenlos. Gegen den Februar 1919, in dem von 2 680 624 Gewerkschaftsmitgliedern 158 648, das heißt 5,9 vom Hundert, ohne Arbeit waren, stellen die Zahlen des Februar 1920 einen im Verhältnis starken Rückgang auf wenigstens die Hälfte hin bemerkenswert ist, daß der Hundertsatz bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern gestiegen ist von 8,0 im Januar auf 8,8 im Februar, während bei den Männern eine Abnahme von 8,8 vom Hundert auf 8,8 eingetreten ist.

Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise für das gesamte Baugewerbe im Februar 1920 gab folgendes Ergebnis:

	Angebot	Offene Stellen	Verhältnis
Davon entfallen auf:	49198	21814	165,6
Maurer, Stukkatoren .....	20861	9927	210,2
Zimmerer .....	5710	4567	125,0
Maler, Sackierer, Anstreicher ..	16387	4917	333,3
Glasler .....	994	841	118,1

Auf 100 offene Stellen entfallen demnach auf das Baugewerbe Arbeitsgesuche in den Monaten Dezember 1919, Januar und Februar 1920:

	Dezember	Januar	Februar
Von Maurern .....	281,9	283,8	210,2
„ Zimmerern .....	152,4	157,8	180,7
„ Malern .....	617,8	503,1	233,3
„ Glasern .....	209,4	240,8	291,4

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ verteilen sich für das Baugewerbe Angebot und Nachfrage in den gleichen Monaten auf die einzelnen Landesteile wie folgt:

	Dezember		Januar		Februar	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen
Ostpreußen .....	842	57	890	87	898	76
Westpreußen .....	257	44	106	67	88	7
Berlin u. Brandenburg ..	8914	688	8849	787	8814	908
Pommern .....	192	85	288	71	307	94
Posen .....	99	80	11	9	8	4
Schlesien .....	550	44	655	61	641	118
Sachsen .....	464	116	581	176	414	261
Schleswig-Holstein .....	659	76	671	98	598	184
Hannover .....	394	67	455	127	387	122
Westfalen .....	268	118	287	91	316	179
Hessen-Nassau .....	672	189	729	198	702	284
Rheinland .....	582	209	1208	522	1028	785
Bayern .....	1607	117	1724	164	1618	237
Freistaat Sachsen .....	2517	223	2746	357	2580	565
Württemberg .....	558	102	609	129	602	189
Baden .....	376	115	488	195	417	177
Hessen .....	188	84	177	88	198	67
Mecklenburg .....	97	12	141	26	126	86
Thüring. Staaten .....	414	103	440	125	482	198
Oldenburg .....	95	32	106	41	88	44
Braunschweig .....	111	27	124	52	86	89
Lübeck .....	60	13	69	9	69	80
Bremen .....	304	74	319	181	276	192
Hamburg .....	1880	76	2022	114	1779	207

### Lohnbewegungen und Streiks.

In Frankenhäuser a. Rhf. (Zahlstelle zu Nordhausen) legten am 12. April die Kollegen, einschließlich eines Lehrlings, geschlossen die Arbeit nieder, da die Arbeitgeber die neuen Forderungen nicht bewilligen wollten und sich auch an Verhandlungen nicht einließen. Da der Geschäftsgang ein sehr guter war, konnten die Kollegen zum größten Teil bei andern Arbeitgebern, die sonst keine Gehilfen beschäftigten, zu den neuen Löhnen untergebracht werden. Nach 8 Tagen war der Streik beendet. Die geforderten Löhne, 8,25 M. wurden anerkannt.

Hamburg. Am 14. April wurde vor dem Schlichtungsausschuß des Demobilisierungsamts Hamburg um den Abschluß eines Tarifvertrages für die Malerarbeitenden verhandelt. Die Arbeitgeber verhielten sich bisher ab-



den Unternehmern begegnen wir wiederholt der alten Verschleppungstaktik, offenbar, um den Herrn herauszu-  
 fangen oder um Zeit zu gewinnen, sich von der Nach-  
 zahlung zu drücken und einen späteren Termin heraus-  
 zuwinden. Einmal erklären die Unternehmervertreter,  
 was in Berlin verhandelt wurde, seien doch nur Vorschläge,  
 die sie auch ablehnen können; das andere Mal, sie seien  
 immer die ersten bis jetzt gewesen, sie hätten noch Zeit,  
 aber sie hätten noch keine Weisungen von ihrer Ver-  
 bandsleitung. Mit dieser Art fördert man aber nicht die  
 Arbeitslust, sondern sät Sturm. Die Löhne wurden in  
 den Nachbarorten auf die gleiche Höhe gebracht. Auch in  
 Bensheim und Auerbach, wo die Kollegen alle dem Ver-  
 bande beitraten, kam zu Anfang des Jahres ein Tarif  
 zustande, und betrug der Stundenlohn zuletzt 2,15 M. In  
 der Versammlung am 14. Oktober nahmen wir Stellung  
 gegen die Pfuscharbeit. Es gibt Kollegen, denen der Ach-  
 tundzwanzigtag nicht lang genug ist, die sich nur als Arbeits-  
 tiere für andere fühlen. Würden sie die Allgemeinheit nicht  
 schädigen, könnte man sie ihrem Jammerdasein überlassen,  
 aber als Schädlinge machen wir kurzen Prozeß mit ihnen  
 und finden dabei auch die Unterstützung der Arbeitgeber;  
 denn an der Hebung des Gewerbes haben wir ein gemein-  
 sames Interesse.

Auf Antrag des Arbeitgeberartells fand im Mini-  
 sterium eine Sitzung mit verschiedenen Organisationen  
 statt. Die Unternehmer waren dagegen, daß Darmstadt  
 mit den Löhnen in Frankfurt gleichkommt. Der Wasser-  
 transport beeinflusse die Produktionskosten, und könne  
 Darmstadt nicht in Konkurrenz treten. Wir erklärten, daß  
 wir eine Gleichstellung im Lohn anstreben, halten aber  
 die jetzige Zeit nicht für geeignet, hier entscheidend Stellung  
 zu nehmen. Besterem wurde zugestimmt.

Ein Zell unterer Kollegen arbeitet im Winter im  
 Walde. Hier waren die Lohnverhältnisse recht gefährlich;  
 durch Abschluß eines Tarifs sind auch diese geregelt, es  
 mußte aber erst zur Arbeitseinstellung kommen. In der  
 Handwerkerschule wurde wieder eine Fachklasse für die  
 Wintermonate errichtet, wo meist Lehrlinge unterrichtet  
 werden.

Die Militärbaubehörde kann sich noch nicht an die neue  
 Zeit und ihre Erfordernisse gewöhnen. Hier wurden wir  
 mit den Arbeitgebern vorstellig, und seitdem ist es besser  
 geworden.

In Verbindung mit der Baupolizei wurden verschiedene  
 Mißstände beseitigt. Die Bauarbeiterschutzkom-  
 mission war beim Ministerium und bei der Stadt vor-  
 stellig um Ergänzung der Schutzbestimmungen und An-  
 stellung von Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen. Bei  
 beiden ist ein Erfolg zu buchen. In Städten sowohl wie  
 bei den Kreisbauämtern sollen Kontrolluren an-  
 gestellt werden. Ist die Bauqualität gering, so können  
 die Preise zusammengelegt werden. Damit wird eine viel-  
 fältige Forderung erfüllt.

Die Agitation in den Zahlstellen war gehindert durch  
 die mangelhafte Zugverbindung, doch herrscht überall reges  
 Leben und bilden sich an den kleinsten Orten Gewerkschafts-  
 zellen. Die Kollegen gehören alle dem Verbands an,  
 von den Lehrlingen bis jetzt erst 8, hier sind meistens die  
 Eltern Schuld.

Die Einnahmen der Filiale betragen einschließlich des  
 Massenbestandes 41 860,84 M., die Ausgaben 38 958,04 M.,  
 das Filialvermögen beträgt somit 4296,74 M. Der Mit-  
 gliederstand, der am Schlusse des vierten Quartals 1918  
 400 war, erhöhte sich auf 588. Durch den Mangel an Arbeit  
 gehen die Kollegen in die Fabriken usw., wo sie dann  
 andern Verbänden beitreten; hier herrscht mitunter die  
 reinste Dreißtage, wobei die am schlimmsten sind, die vor  
 der Revolution gar nicht organisiert waren. Das ver-  
 gangene Jahr hat den so sehr erhofften Aufstieg im Bau-  
 gewerbe nicht gebracht, der Mangel an Baustoffen ist zu  
 groß; das neue Jahr wird nicht viel besser sein. Die Un-  
 sicherheit auf dem Geldmarkt und in der Politik ist noch  
 nicht behoben und das Vertrauen fehlt. Viele Kollegen  
 erkennen diesen Zusammenhang nicht genügend und  
 schimpfen ins Blaue hinein, klagen über die hohen Preise,  
 finden aber nicht den Weg zur Selbsthilfe, das ist der  
 Konsumverein, wo ich als Käufer doch Einfluß auf den  
 Preis der Waren gewinnen kann. Die Kaufkraft muß  
 gesteigert werden, Lohnsteigerung allein führt nicht zum  
 Ziel. Hier gilt es, alle Kräfte anzuspannen, einig und  
 geschlossen — unbestimmt um politische Meinungs-  
 verschiedenheiten — vorzugehen. Nichts fällt uns in den  
 Schoß, aller Fortschritt muß mühsam erkämpft werden.  
 Nur der bedient die Freiheit wie das Leben, der täglich  
 sie erobern muß.

Silbesheim. Auf eine ununterbrochene 30jährige  
 Verbandszugehörigkeit konnte der Kollege Gerhard Faber  
 am 12. April zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte unsere  
 Filiale es sich nicht nehmen lassen, ihm zu Ehren eine  
 würdige Feier zu veranstalten. Der Vorsitzende, Kollege  
 Rathke, überreichte dem Jubililar eine prächtige Ehren-  
 urkunde, wobei er die Tätigkeit und treue Anhänglichkeit  
 des Kollegen Faber für unsern Verband, den jungen  
 Kollegen als Vorbild hinstellte. Mit Dankworten nahm  
 Kollege Faber das Ehrendiplom entgegen und schilderte  
 mit bewegten Worten die damaligen Verhältnisse bei  
 Gründung unserer Filiale. Wohl waren es nur wenige,  
 die damals ihre traurige Klassenlage erkannt haben; aber  
 es seien gerade die tüchtigsten Kräfte gewesen, die  
 dem Verbands angehörten. Gerade die Tüchtigkeit im  
 Beruf sichere jedem eine festere Position; darum sollte  
 jeder Kollege danach streben, sich beruflich weiterzubilden,  
 erst dann sei es möglich, kraftvoll und energisch die  
 Interessen des Berufes wahrzunehmen. Damals gab der  
 Meister noch Kost und Logis; die Arbeitszeit betrug  
 11 1/2 Stunden; der Lohn war äußerst gering. Die beste  
 Arbeitskraft war damals der Kollege Karl Stephan, er  
 bekam ganze 18 M. pro Woche. Erst durch unermüdliches  
 Arbeiten seien nach und nach bessere Verhältnisse ein-  
 getreten. Auch heute noch sei es nötig, nicht zu rasten  
 und zu ruhen, sondern jeder müsse danach streben, sich  
 möglichst rasch auf die Höhe zu bringen. — Zur Verjähne-  
 rung des Abends hatte sich in dankenswerter Weise das  
 Quartett des Arbeiter-Gesangsvereins „Gleichheit“ zur  
 Verfügung gestellt. Auch sonst verlief der Abend in sehr

harmonischer Weise. Jedem Teilnehmer wird der Ehren-  
 abend des Kollegen Gerhard Faber in angenehmer Er-  
 innerung bleiben.

**Bezirkskonferenz in Oberschlesien.**

Am 18. April fand in Neuthein eine Bezirkskonferenz für  
 Oberschlesien statt, auf der alle Filialen und der Bezirks-  
 leiter, Kollege Jakobett, vertreten waren. Sie befaßte sich  
 vor allem mit der wichtigen Angelegenheit der Lohnfrage.  
 Da die oberschlesischen Malermeister keinem Arbeitgeber-  
 verband angehören, wurde beschlossen, einen besonderen  
 Tarif für Oberschlesien abzuschließen. Dem stimmten auch  
 alle Kollegen zu, da die Arbeitgeber sich an die Bestimmun-  
 gen, die im Arbeitsministerium vereinbart wurden, nicht  
 halten. Bis dato sind die Kollegen um 80 % die Stunde  
 zu kurz gekommen. Es wurde beschlossen, einen Stunden-  
 lohn von 6,50 M. zu fordern. Einige Vertreter forderten  
 sogar mehr, da die Industriearbeiter eine noch höhere Be-  
 zahlung erhalten. Die Vorarbeiten zu einer Verhandlung  
 mit den Arbeitgebern zu treffen, wurde dem Obmann,  
 Kollegen Stochmol, überwiesen. Dabei kam scharf zum  
 Ausdruck, daß sich die Kollegen nicht länger mehr verdrösten  
 lassen und, wenn nötig, zur scharfsten Waffe greifen.  
 Kollege Jakobett sprach über die Lage im allgemeinen und  
 teilte auch mit, daß in Berlin bei den zentralen Verhand-  
 lungen eine Lohnerhöhung von 2 M. die Stunde gefordert  
 wird. Einem Antrage der Filiale Hindenburg, für Ober-  
 schlesien einen Angestellten angustellen, wurde dahin zu-  
 gestimmt, daß der Bezirksleiter erst mit dem Hauptvorstand  
 in dieser Angelegenheit Rücksprache nehmen soll. Ferner  
 wurde durch den Bezirksleiter mitgeteilt, daß vom Haupt-  
 vorstand alle Vorkehrungen getroffen wurden, falls Ober-  
 schlesien zu Voten kommen sollte; auch dann würden die  
 Kollegen in ihren Rechten unterstützt werden. Alle Dele-  
 gierten begrüßten diese Vorarbeiten, die vom Hauptvorstand  
 getroffen wurden. Aus dem Bericht des Obmannes war zu  
 ersehen, daß die Filialen sich in bester Entwicklung befinden,  
 auch immer neue Zahlstellen dazu kommen. Zum Schluß  
 ersuchte Kollege Jakobett die Anwesenden, überall kräftig  
 für die Organisation einzutreten, für die künftigen Kämpfe  
 zu rüsten, um zu unserm Rechte auch in Oberschlesien zu  
 gelangen.

**Ladierer.**

Für die in der württembergischen Metallindustrie  
 beschäftigten Arbeiter wurden nach langen und schwierigen  
 Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 14. April  
 nachstehende weiteren Vereinbarungen über eine Erhöhung  
 der Feuerungszulagen abgeschlossen, die in der Hauptsache  
 folgendes besagen: Die Vereinbarung vom 21. Januar 1920  
 über die Zulage vom 2. Januar 1920 an wird auf g e h o b e n .  
 An Stelle dieser bisher gewährten Feuerungszulagen er-  
 halten alle in den Betrieben des Verbandes württembergischer  
 Metallindustrieller beschäftigten unter das Kollektivabkommen  
 vom 11. Oktober 1919 fallenden Arbeiter, Arbeiterinnen und  
 Lehrlinge folgende Feuerungszulagen pro Stunde:

	Bom	Bom
	1. April an	1. April an
1. Arbeiter mit 14, 15 und 16 Jahren ...	60 A	70 A
" " 17 und 18 Jahren .....	70 "	80 "
" " 19 " 20 " .....	100 "	115 "
" " 21 " 22 " .....	150 "	170 "
" " 23 " 24 " .....	150 "	170 "
" " 25 Jahren und darüber ....	180 "	200 "
2. Arbeiterinnen mit 14, 15 und 16 Jahren	60 "	70 "
" " 17 und 18 Jahren ...	70 "	80 "
" " 19 " 20 " .....	90 "	100 "
" " 21 Jahren u. darüber	100 "	110 "
3. Lehrlinge im ersten Lehrjahre .....	25 "	— "
" " zweiten " .....	30 "	— "
" " dritten " .....	40 "	— "
" " vierten " .....	50 "	— "

**Jahresbericht der Ladiererfektion Berlin über das Jahr 1919.**

Große und schwere Kämpfe hatte die Arbeiterschaft auf  
 politischen und gewerkschaftlichen Gebieten zu bestehen.  
 Nach dem Zusammenbruch des Krieges hinterließ uns die  
 alte Reaktion einen Trümmerhaufen. Stillstand in der  
 Produktion und Arbeitslosigkeit waren die Folge dieser  
 wahnwitzigen Politik. Die Umstellung der Kriegsindustrie  
 zur Friedensproduktion nahm Monate in Anspruch. Nach  
 und nach hob sich das Wirtschaftsleben, die Arbeitsmöglich-  
 keit setzte ein, und es schien eine Wendung zum Besseren  
 einzutreten. Doch alle Wünsche zur Hebung der wirtschaft-  
 lichen und sozialen Lage sind bis jetzt ein Traum geblieben.  
 Den besten Beweis liefern uns die Lebensmittelverhältnisse.  
 Hunger und Entbehrung unschleichen ständig den Arbeiter.  
 Alle Kämpfe, die die Arbeiterschaft in gewerkschaftlicher  
 Hinsicht zu führen hatte, waren nur getragen, um durch  
 ständige Lohnforderungen ihre Existenz zu fristen. Im  
 vergangenen Jahre hatte die Sektion der Ladierer für ihre  
 Kollegen eine eminente Arbeit zu leisten, eine Bewegung  
 löste die andere ab. Ganz vor dem Kriege alle 2, 3 oder  
 4 Jahre eine Lohnbewegung statt, wobei es sich nur um  
 wenige Pfennige handelte, so setzte bei den jetzigen Ver-  
 hältnissen und den ständig steigenden Lebensmittelpreisen  
 von Monat zu Monat der Kampf immer wieder ein, um  
 durch neue Lohnforderungen sich vor Elend und Untergang  
 zu schützen. Für die Karrieristen sowie die Wagenbetriebe  
 lagen die Verhältnisse zu Anfang des Jahres ungünstig.  
 Die langwierigen Verhandlungen mit dem Schubverband  
 für das Wagenbaugewerbe zwang die Kollegen zum San-  
 deln. Im Mai 1919 wurde durch Streik ein Lohn von  
 2,85 M. in der ersten und 2,65 M. in der zweiten Gruppe  
 festgelegt.

Im September 1919 griff erneut eine Bewegung Platz,  
 in der nach kurzem Kampf der Lohn in der ersten Gruppe  
 auf 3,40 M., in der zweiten Gruppe auf 3,20 M., die Akord-  
 basis auf 3,75 M. und 3,50 M. durch Vereinbarung abge-  
 schlossen wurde, ebenfalls Bewegung von 3, 4, 5 und  
 6 Tagen Urlaub. Andere Lohnbewegungen, an denen  
 Ladierer beteiligt waren, waren die Streiks der Eisenbahn-  
 werksstätten, sowie bei der Firma Ceylon und der Firma

**Aus unserm Beruf.**

Derlin. Die am Sonntag, 11. April, erfolgte Ur-  
 abstimmung über die Vorlage des Hauptvorstandes sowie  
 die Erhöhung der Beiträge für die Filiale Berlin hat  
 folgendes Resultat ergeben. Abgegebene Stimmen 876.  
 1 Stimme war für 4 M., 645 für 3,50 M., 11 für 3 M.,  
 217 gegen jegliche Erhöhung, 1 Stimme ungültig. Die  
 Berliner Kollegen haben also den Vorschlag der Orts-  
 verwaltung und der Vertrauensleute, den Beitrag für  
 Berlin auf 3,50 M. zu erhöhen, durch Urabstimmung  
 akzeptiert und beträgt der Beitrag für Berlin ab 19. Woche  
 3,50 M.

Darmstadt. (Jahresbericht.) Der Beginn des  
 Jahres 1919 stand noch ganz unter dem Einfluß der Re-  
 volution. Die Kollegen, die jahrzehntelang für Verkürzung  
 der Arbeitszeit kämpften und nicht immer die nötige Mit-  
 arbeit fanden, erlebten nun den Achtstundentag, der gleich-  
 sam als reife Frucht genommen wurde. Vom 15. Februar  
 an wurden täglich 8 Stunden gearbeitet und der Lohn ent-  
 sprechend ausgleichend. Die Tragweite des Achtstunden-  
 tages in seiner Auswirkung läßt sich heute noch nicht aus-  
 denken, aber er ist der Anfang einer neuen Zeit. Außer  
 dem Ausgleich durch den Achtstundentag, wo der Lohn auf  
 1,28 M. gekommen wäre, wurde dieser auf unsern Antrag  
 auf 1,50 M. erhöht. Später wurde er noch viermal erhöht,  
 das letztmal am 14. November auf 2,50 M. Die Winter-  
 arbeitszeit wurde vom 1. November bis 15. Januar auf  
 7 Stunden täglich festgesetzt. Bei den Verhandlungen mit

den Unternehmern begegnen wir wiederholt der alten  
 Verschleppungstaktik, offenbar, um den Herrn herauszu-  
 fangen oder um Zeit zu gewinnen, sich von der Nach-  
 zahlung zu drücken und einen späteren Termin heraus-  
 zuwinden. Einmal erklären die Unternehmervertreter,  
 was in Berlin verhandelt wurde, seien doch nur Vorschläge,  
 die sie auch ablehnen können; das andere Mal, sie seien  
 immer die ersten bis jetzt gewesen, sie hätten noch Zeit,  
 aber sie hätten noch keine Weisungen von ihrer Ver-  
 bandsleitung. Mit dieser Art fördert man aber nicht die  
 Arbeitslust, sondern sät Sturm. Die Löhne wurden in  
 den Nachbarorten auf die gleiche Höhe gebracht. Auch in  
 Bensheim und Auerbach, wo die Kollegen alle dem Ver-  
 bande beitraten, kam zu Anfang des Jahres ein Tarif  
 zustande, und betrug der Stundenlohn zuletzt 2,15 M. In  
 der Versammlung am 14. Oktober nahmen wir Stellung  
 gegen die Pfuscharbeit. Es gibt Kollegen, denen der Ach-  
 tundzwanzigtag nicht lang genug ist, die sich nur als Arbeits-  
 tiere für andere fühlen. Würden sie die Allgemeinheit nicht  
 schädigen, könnte man sie ihrem Jammerdasein überlassen,  
 aber als Schädlinge machen wir kurzen Prozeß mit ihnen  
 und finden dabei auch die Unterstützung der Arbeitgeber;  
 denn an der Hebung des Gewerbes haben wir ein gemein-  
 sames Interesse.



Kupfer; im Verkehrsgewerbe der Großen Berliner Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn waren 77 Kollegen beteiligt. Dieser Streik wurde zu einer Machtprobe mit den Verkehrsgesellschaften. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde diesen Arbeitern eine Teuerungszulage von 3,50 M. gewährt.

Im Siemenskonzern entstand im Juli durch Maßregelung von Vertrauensleuten ein schwerer Konflikt. Verhandlungen zur Beilegung dieser Maßregelung waren erfolglos. 30.000 Arbeiter der Siemenswerke traten in den Streik, von uns waren 70 Kollegen und 51 Kolleginnen daran beteiligt; durch Schiedspruch wurden alle Funktionäre wieder eingestellt.

Ein Gebiet der Lackierbranche, das besonders Arbeit erforderte, war das Kollektivabkommen in der Metallindustrie. Weichen Segen und der Kollektivvertrag gebracht hat, müssen die Kollegen in der Metallindustrie am besten zu beurteilen. Bereits im Mai wurde dieser Vertrag gekündigt, und neue Forderungen wurden gestellt. Verhandlungen für unsere Gruppe kamen nicht zustande. In Hunderten von Fällen beschäftigte sich der Schlichtungsausschuss mit der absolut vertragswidrigen Auslegung des Kollektivabkommens. Die Unternehmer versuchten, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu umgehen und die Verhandlungen zerschlugen sich. Aus Anlaß der Eingruppierung nach dem Schiedspruch vom 21. August 1919 kam es im Oktober zu einem gewaltigen Kampf. Über 150.000 Metallarbeiter waren an dieser Bewegung beteiligt. Von uns kamen über 900 Maler und Lackierer in Frage. Wenn man in Betracht zieht, daß der größte Teil 7 bis 8 Wochen im Kampf gestanden hat, so erkennt man, daß die Arbeiterschaft in dieser Zeit große Opfer und Solidarität an den Tag legte. Mit Widerwillen arbeiten unsere Kollegen unter dem Kollektivvertrag, was die Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuss zur Genüge bewiesen. Ohne Arbeitseinstellungen abgeschlossen wurde die Bewegung in den Werkstättenbetrieben im September. Für die bei Innungs- und Kleinmeister beschäftigten Wagenlackierer wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen, auf der Grundlage der Karosseriebetriebe. Desgleichen für Blechlackierer, einbezogen für Spritzer, Spritzerin und Lackiererinnen, Löhne und Urlaub wie im Innungstarif. Auch die Möbel-Lackierer haben in 15 Betrieben Vereinbarungen erzielt. Für die Eisenmöbelbranche war leider bis Jahreschluss keine Vereinbarung zustande zu bringen. Es zogen sich die Verhandlungen monatelang ohne Ergebnis hin, auch lag die Konjunktur ungünstig, um ernstlich etwas zu unternehmen. Von Seiten der Unternehmer soll nur der Kollektivvertrag die Grundlage bilden. Verschiedentlich waren hier und da Verhandlungen notwendig, um die ausgebrochenen Differenzen zu beseitigen.

Auf dem Arbeitsmarkt setzte im Frühjahr eine außerordentliche Konjunktur für die Wagenlackierer und andere Branchen ein. Das Verkehrsgewerbe hatte im Krieges stark geblüht, Fahrzeuge aller Art, Automobil- und Karosseriebetriebe arbeiteten mit Hochdruck. Seit Jahren war eine solche Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu verzeichnen. Zeitweise blieben im Sommer und im Herbst offene Stellen liegen und konnten nicht besetzt werden.

Die Tätigkeit des Sektionsvorstandes war eine sehr rege. Zur Erledigung der geschäftlichen und internen Angelegenheiten fanden 12 Sitzungen der Vertrauensmänner und der Sektionsleitung statt. Die Vertrauensmänner-Schaft umfasst 60 Personen; Sektionsversammlungen fanden 10 statt. Zur Regelung der Werkstatt- und Betriebsangelegenheiten sowie weitere Versammlungen und Verhandlungen, darunter Sitzungen vor dem Schlichtungsausschuss, usw., waren 321 erforderlich. In letzter Zeit standen besonders die Fragen der Industrieverbände auf der Tagesordnung; diese Frage wird noch eingehender Erörterungen bedürfen.

Die hygienischen Verhältnisse lassen noch viel zu wünschen übrig, vor allen Dingen die Verarbeitung der schweren Materialien und Erbsäure, die die Gesundheit der Kollegen stark beeinträchtigen. Auf allen Gebieten sind noch wichtige Fragen zu lösen. Man will einen Generalangriff auf den Jahrestag vornehmen. Auch hier heißt es: Augen offenhalten und die Errungenschaft, wofür die Arbeiter Jahrsehne gekämpft, sich zu verteidigen.

Bevor die Lohnaufbesserungen in Kraft treten, sind sie schon wieder längst weggemacht durch entsprechende Warenpreiserhöhungen, und von neuem muß das Spiel beginnen in dem Augenblick, wo die erreichten höheren Löhne den gestiegenen Kosten der allgemeinen Lebenshaltung wiederum nicht entsprechen. Ob man aber den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit damit löst, ist sehr fraglich. Der Lohnkampf schafft wohl für eine bestimmte Zeit Luft, die Ursachen der Not beseitigt er nicht.

Deshalb ergeht an unsere Berufsleute die Aufforderung, sich auch auf politischem Gebiet zu betätigen. Die Gegenoffensive der Arbeitgeber verlangt von jedem Arbeiter politisches Verständnis, und jeder hat sich daher auf die Seite zu schlagen, wo die Klassenbewusste Arbeiterschaft ihre Kämpfe zu kämpfen hat. Der spätere Kampf erfordert ein geschlossenes Handeln sämtlicher Berufsangehörigen und der Arbeiterschaft.

### Gewerkschaftliches.

Je höher die Beiträge, desto leistungsfähiger die Gewerkschaften. In der vorhergehenden Nummer konnten wir bekanntgeben, daß die Übergroße Mehrheit unserer Verbandsmitglieder sich für die vom Vorstand ausgearbeiteten neuen Bestimmungen über die Beitragshöhe und die Unterstützungssätze entschieden hat. Das ist ein ehrendes Zeugnis für den Geist, der in unsern Mitgliederkreisen herrscht. Unter der Entwertung des Geldes haben alle Arbeiterorganisationen stark zu leiden. Die Anforderungen, die heute an unsere Gewerkschaften gestellt werden, nehmen einen immer größer werdenden Umfang an. Da ist es denn begreiflich, wenn die leitenden Instanzen der Verbände an die Mitglieder herantreten und eine Erhöhung der Beiträge verlangen. In fast allen Gewerkschaften wird gegenwärtig in den Versammlungen und in der Fachpresse die Frage der Beitragserhöhung erörtert. Die Beitragshöhe muß eben so bemessen sein, daß die Gewerkschaft ihre statutenmäßigen Aufgaben erfüllen kann. Neben den sachlichen und persönlichen Verwaltungslosten, den Ausgaben für Agitation, Verbandsorgan und Bildungswesen kommen in erster Linie die statutarischen Unterstützungen in Betracht, die die Gewerkschaft auf alle Fälle zu zahlen hat. Diese Rechte der Mitglieder müssen unter allen Umständen erfüllt werden. Um aber diesen Ansprüchen genügen zu können, ist die Ansammlung eines Reservesfonds unumgänglich notwendig. Keine Gewerkschaft kann von der Hand in den Mund leben. Lohnkämpfe werden allerorts zu Tausenden geführt, Verhandlungen, Sitzungen und Konferenzen sind hierzu erforderlich. Streikgelder, Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen werden zu Hunderttausenden ausgezahlt. Die Fahrgehalte der Eisenbahn steigerten sich weiter um 100% ab 1. März, jeder Resten Papier wird mit Markscheinen bewertet, Porto, Telefon, Mieten, Feuerung usw. haben im Preise eine schwindende Höhe erreicht.

Da die Gewerkschaften auf die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen angewiesen sind — die sonstigen Einnahmen kommen demgegenüber kaum in Betracht — so muß der Beitrag auch die Grundlage für die Verbandsfinanzen sein. Wer die Gewerkschaft hochhalten will, muß ihr die Mittel bewilligen, die nötig sind, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Nur so kann die Gewerkschaft ein Fort sein für die Mitglieder.

### Vom Ausland.

**Oesterreich.** Josef Maar f. Der langjährige Verbandsvorsitzende des österreichischen Bruderverbandes, Josef Maar, ist am 1. April nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Unter der Leitung des Verstorbenen hatte der Verband seinen großen Aufschwung genommen. Jahrelanger, mühevoller Kleinarbeit bedurfte es, bis der Organisationsgedanke Fuß gefaßt hatte. Dann ging es erfreulich mit dem weiteren Aufbau vorwärts. Dieser aufreibenden Tätigkeit aber waren die Kräfte des sonst so lebensfrohen Kollegen Maar doch nicht gewachsen, zudem er nach Ausbruch des Krieges eingezogen wurde. Noch

vor Beendigung des Krieges warf ihn ein schweres Wehweiden an, dem er nun erlegen ist. Dem Mann, dem Kämpfer und treuen Kollegen werden alle, die ihn persönlich gekannt haben, ein ehrendes Andenken bewahren.

### Literarisches.

„Die Glode“. Herausgegeben von Parvus. Mit dem Monat April hat der neue Jahrgang, der sechste dieser literarischen Wochenchrift begonnen. Preis je Heft 1 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

„Entzehr“. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschafters über die Politik der deutschen Sozialdemokratie von Emil Roth. Deutscher Volksverlag, München, Adelsstraße 26. Preis 1,50 M.

Die Unterchrift Roths ist der beste Beweis für sein Abkehr vom Sozialismus. Damit geht natürlich der deutschen Arbeiterbewegung nichts verloren. Roth hat, als 1906 zum Vorsteher des Buchbinderverbandes ernannt worden war, schon bewiesen, wie er es versteht, umzusetzen, daß er sich nun glücklich bis in das alldeutsche Reichlager durchgemauert hat, ist kennzeichnend für die politischen Betrachtungen aus solcher Feder.

Im Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin, Friedrichsdenkmal, sind folgende empfehlenswerte Schriften erschienen:

Das Betriebsratgesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte, der Wahlordnung, Vorbericht und ausführlicher Erläuterung von Paul Umbreit, Leiter des Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zweite durchgesehene Auflage. Preis erheblich erweiterte Auflage 51. bis 76. Tausend. 72 Seiten. Preis 2,50 M. und 20% Zuschlag.

Herausgeber für Kriegshilfsarbeiten. Herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium. Preis 2 M. und 20% Zuschlag.

Die Gewerkschaftsbewegung von Dr. Siegfried Kriepke. I. Band 488 Seiten stark, broschiert 14 M., gebunden 17 M. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inhaber Franz Mittelbach), Stuttgart.

Der Verfasser hat schon durch sein 1914 erschienenes Buch über das Werden und Werden der Gewerkschaften bewiesen, mit wie großem Fleiß er sich in die gewerkschaftliche Literatur eingearbeitet und wie reiflich er die Materie beherrschen weiß. Auch in dem großartig angelegten Buch über „Die Gewerkschaftsbewegung“, dessen erster Band nun vorliegt, finden wir, daß der Theoretiker Dr. Kriepke eine Aufgabe gut zu lösen versteht, wenn man auch als praktischer Gewerkschafter zu verschiedenen Punkten anderer Ansicht sein kann. Das Werk zerfällt in 8 Abschnitte: Allgemeines und Theoretisches. — Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. — Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Die Anschaffung eines grundlegenden Wertes ist bestens zu empfehlen. Zu wünschen wäre, daß vom Verlag die broschierten Exemplare bestimmt herausgegeben werden.

### Sterbetafel.

Berlin. (Friedrichshagen) Am 4. April starb der Kollege Bernhard Magdeburg, geboren am 30. Juni 1877 in Friedrichshagen.

Mainz. Am 6. April starb nach langem Leiden unser treuer, vierundzwanzigjähriges Mitglied, Mitbegründer der Filiale, August Niebel, im Alter von 49 Jahren. —

Am 7. April starb nach langem Leiden unser treues Mitglied Gottron Stefan im Alter von 84 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 2. bis 8. Mai 1920 ist die 18. Beitragswache.

**Filialangestellter gesucht.**  
Für die Filiale Leipzig wird zum sofortigen Eintritt ein zweiter Angestellter gesucht. Referentien müssen organisatorische und rechnerische Befähigung bezeugen sowie 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. Bewerbungen mit einem kurzen selbstgeschriebenen Aufsatze über die Aufgaben eines Filialangestellten sind bis 1. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung“ an unser Bureau, Gerberstr. 1, Zimmer 50, zu richten.

**Wagenlackierer,**  
durchaus tüchtig und selbständig, sofort gesucht. —  
Fehren & Christianen,  
Hamburg.

**Zuverlässige Vertreter**  
für leichtere häusliche Arbeiten und Lacke gesucht.  
Anschere unter N. N. 1819 an Veit. Giesler, Danzig.

**Finis,**  
Lacke, Firnis. Schellack löst jeden Lack.  
Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stroße 38, Königsplatz 73/7.

**Wilhelm Walter**  
Seife, Lacke, Leime  
Billiche Bezugsquelle für Maler und Lackierer.  
Hamburg, Parteilstraße 72.  
Geschäftszeit von 3 bis 4 Uhr.

**Stuttgart, Filialangestellten betreffend.**  
Der Termin zur Einreichung der Bewerbungen wird auf den 15. Mai verlängert.  
Die Filialverwaltung.

**Malerei-Gesellschaft e. G. m. b. H.,**  
Hamburg, Bachstr. 155.  
Bilanz am 31. Dezember 1919.

Klasse.	M.	Klasse.	M.
In Kassakonto .....	372,04	Per Dispositionsfonds .....	14918,93
„ Rückstellungenkonto .....	848,94	„ Reservesfonds .....	5214,-
„ Deutsche Bank .....	1833,59	„ Mitglieder Guthaben (Anteile) .....	6806,40
„ G. E. G. Bank .....	8427,33	„ Mitglieder Guthaben (Darlehen) .....	14679,40
„ Forderungen .....	4612,58	„ Rückst. an zahlende Steuern, Beiträge, etc. .....	4000,-
„ Forderung für angefangene Arbeiten .....	6900,-	„ ufm., zusammen .....	3047,36
„ Forderungen für waren .....	1800,-		
„ Materialbestand .....	30369,54		
„ Inventar .....	1,-		
	64.952,20		54695,70

**Mitgliederguthaben.**

Bestand am 1. Jan. 1919	1620,- M.
Zugang .....	5333,94
Abgang .....	149,54
Bestand am 31. Dez. 1919	6806,40

**Satzsumme.**

Bestand am 1. Jan. 1919 (27 Anteile à 60 M.)	1620,- M.
Zugang .....	6892,-
Abgang .....	—
Bestand am 31. Dez. 1919 (41 Anteile à 200 M.)	8200,-

**Mitgliederbewegung.**

Bestand am 1. Jan. 1919	28
Zugang .....	19
Abgang .....	—
Bestand am 31. Dez. 1919	36

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.

**Neu! Wer vornehme Farbenstimmungen erreichen will, bestelle sofort das Werk: Neu!**  
**MODERNE FARBENSTIMMUNGEN**  
Enthält prakt., herrliche Farbenzusammensetzungen, Mischungsangaben, Verwendung und Haltbarkeit der Farben (per Nachnahme) 10 Mk. durch  
J. C. QUECK, Nürnberg, Frankhstrasse 26.

**Geld verdienen** ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Hause oder als Nebenberuf, der sich fortwährend Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillanten, Plakaten, Malereien sowie auch zur Herstellung von Plakatalummalereien, die die schönsten Glas- und Plakatalummalereien herstellen. Besonders wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Plakatalummalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Bornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelspalttypen (jeder Alphabet 26 groß und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/4 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Abkürzungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Brillanten in Werte von allein 5,50 M., einem Wagen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 10 M. Vorauszahlung. Adm. Kutmacher, Maler, Gildes 1, Reichland, Gießerei Herr Kutmacher! Es ist wirklich eine Freude, mit Ihren Buchstabenpausen zu arbeiten. Denn seitdem ich mit Ihren Buchstaben arbeite, werde ich von jedermann gelobt über die Sauberkeit meiner Schilde, und was die Aluminium-Brillanten über andrer, muß ich Ihnen offen gestehen, daß dieselben, was vornehmere Wirkung anbelangt, einfach großartig sind. Ich habe einige Probeblätter angefertigt und habe Ihnen eine Probe für 20 Mark über im Anhang. Ich spreche mir viel von diesen Schilde, denn man kann, was ja die Hauptsache ist, schönes Geld daraus verdienen. Ich werde gern Ihre wertigen Artikel meinen Berufscollegen weiter empfehlen und getreue Hochachtungskoll!

**Moderne Streichbürsten**  
Pinzel aller Art  
in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert  
H. W. Witte, Berlin S 59, Fichtestr. 2.  
Nr. 16 des „Korrespondenzblatt“ liegt heute bei.

**E. Haeder,**  
Erbauheim-Wiesbaden.